

MAGAZIN



Dirk Faber/pixabay

Atom­müll ist und bleibt hoch­ge­fähr­lich – ein End­lager muss best­mög­liche Sicher­heit für eine Mil­lion Jahre ge­währ­lei­sten.

LIEBE FREUND*INNEN DER ERDE,

Proteste gegen Atomkraft sind seit Jahren weitgehend abgeebbt. Schockierende Berichte über das marode Atom­müll­lager Asse II werden von der breiten Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, obwohl es sich hier um einen der größten Umweltskandale in Deutschland handelt. Mit dem „Zwischenbericht Teilgebiete“ rückt eine der größten Herausforderungen der Menschheit langsam wieder ins Bewusstsein: die Suche nach dem best­mög­lichen Lager­standort für hoch radioaktiven Atom­müll. Das Ver­fahren muss spä­te­stens bis 2031 zu einem Ergebnis führen.

Dass der Salzstock Gorleben in der ersten Suchphase als geologisch ungeeignet ausgeschieden ist, ist ein Erfolg der jahrzehntelangen, hartnäckigen Proteste im Wendland und der Arbeit des BUND. Viele unserer Gutachten und anderer Gorleben-Kritiker*innen werden

damit bestätigt. Erschreckend deutlich wird, dass dieser Standort rein politisch motiviert war.

Der BUND hat Jahrzehnte gegen Atomkraft protestiert, bekennt sich aber klar zur Notwendigkeit einer Endlager­suche innerhalb Deutschlands. Ein Scheitern darf es nicht geben, denn der gefährliche Müll lagert in unzureichend gesicherten Zwischenlagern. Wissenschaftlichkeit, Transparenz und faire Beteiligung auf Augenhöhe müssen im Entscheidungsprozess garantiert sein. Gorleben und Asse müssen den Verantwortlichen Mahnung genug sein, Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen. Der BUND wird den Prozess sehr kritisch beobachten und die Offenlegung der Entscheidungskriterien immer wieder einfordern.



HEINER BAUMGARTEN

Landesvorsitzender

WOHIN MIT DEM ATOMMÜLL?

Bei der Suche nach einem Endlager kommen 80 Prozent der Fläche Niedersachsens in Betracht. Proteste wie in Gorleben lassen sich nur mit Transparenz und echter Beteiligung verhindern.

Zukunft der Landwirtschaft	2-3
Standpunkt zur Endlagersuche	4
Allianz für Artenschutz	5
BUND-Projekt Klimatools	6-7
BUND-Gruppe Wilhelmshaven	8
BUND-Einrichtung Ökologische Station in der Dumme-Niederung	10
BUNDjugend gärt­nert	11
Mitmachen in BUND-Arbeitskreisen	12

ZUKUNFT DER LANDWIRTSCHAFT

DIE CHANCE DER VERÄNDERUNG

Die Landwirtschaft ist im Umbruch. Damit sie eine Zukunft im Einklang mit der Natur hat, brauchen wir einen Gesellschaftsvertrag.



TILMAN
UHLENHAUT

BUND-Agrarexperte

Bereits 1987 hat der BUND mit der Aachener Erklärung „Bauern und Verbraucher für eine neue Agrarpolitik“ zusammen mit Partnern den Grundstein für einen Gesellschaftsvertrag zwischen Landwirtschaft und Verbraucher*innen gelegt. Viele Projekte, Demonstrationen und Gespräche folgten – mit dem Ziel eine ökologische, soziale und tierfreundliche Erzeugung gesunder Lebensmittel zu gerechten Preisen aufzubauen.

Engagierte Menschen haben der massiven industriellen Ausrichtung der Nahrungsmittelproduktion bewusst Alternativen entgegengesetzt: den Ökologischen Landbau, Programme für tiergerechte Nutztierhaltung, vielfältige Fruchtfolgen, die Umsetzung von Naturschutz in der landwirt-

schaftlichen Bewirtschaftung, Solidarische Landwirtschaft und vieles mehr.

Trotz zahlreicher guter Initiativen sind die Probleme heute größer denn je. Die fortschreitende Intensivierung der Landnutzung führte zu weiteren Verlusten von Landschaftselementen, einseitige Fruchtfolgen zu einer Reduktion von Begleitflora und -fauna. Der hieraus resultierende Artenverlust in der Kulturlandschaft ist inzwischen dramatisch. Nährstoffüberschüsse belasten Grund- und Oberflächengewässer. Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft treiben den Klimawandel voran. Wir haben unsere Ressourcen übernutzt. Die Grenzen des Wachstums sind längst überschritten.

Warum sind wir dem Ziel einer nachhaltigeren Landnutzung trotz aller Bemühungen in 2020 ferner denn je? Sind es die Verbraucher*innen, die nicht bereit oder in der Lage sind, für gute Lebensmittel einen gerechten Preis zu zahlen? Ist es der Lebensmittelhandel, der mit seiner Ein-

kaufspolitik die Erzeugerpreise drückt und mit seinem Angebot im Regal vermittelt, alles was es zu haben gibt, ist auch gut für Körper, Umwelt und Tiere? Sind es die Bäuerinnen und Bauern, die nicht bereit sind, ihre Wirtschaftsweisen zu verändern? Sind es die Schlachthöfe, die aufgrund der internationalen Konkurrenz menschenverachtende Arbeitsverhältnisse schaffen? Sicherlich ist es etwas von alledem und bleibt dann doch nur die halbe Wahrheit.

VOM HOF ZUM TELLER

Bereits die Autoren der Aachener Erklärung stellten fest, dass eine gerechte Nahrungsmittelherstellung nur über eine grundlegende Systemveränderung gelingt. Auch „Farm to Fork“, abgekürzt „F2F“, die aktuelle Initiative der EU-Kommission im Rahmen des Green Deals, macht deutlich, dass sich von der Erzeugung bis zum Konsum vieles ändern muss. Für Niedersachsen würde diese Initiative konkret bedeuten, den Anteil von Ökolandbau bis 2030 von derzeit 6 % auf



Ökologische Lebensmittel sind gesünder und schützen Natur und Umwelt.

25 % zu steigern und dabei die Düngeüberschüsse deutlich zu reduzieren. Die von der EU-Kommission geforderte Halbierung des Antibiotikaeinsatzes macht bundesweit deutliche Veränderungen in der Tierhaltung nötig. Für Westniedersachsen, das Hauptabsatzgebiet für Antibiotika im Land, bedeutet dies: Ohne den Abbau von Tierbeständen und die Umsetzung tiergerechterer Haltungsmethoden wird es nicht gehen. Die EU-Kommission will mit ihrer Strategie Farm to Fork auch den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln innerhalb der nächsten 10 Jahre halbieren. Dies macht eine Umstellung auf andere Bewirtschaftungsformen für fast 2,5 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Fläche in Niedersachsen notwendig.

Die Aufgabe ist komplex, denn alle Teile der Wertschöpfungskette müssen zusammenwirken und dabei gewohnte Pfande verlassen. Eine nachhaltige Bewirtschaftung unserer Natur und Umwelt hat ihren Preis. Eine überwiegend regionale Erzeugung von Lebensmitteln allein ist

noch nicht die Lösung. Es braucht auch Dienstleister*innen, die regional erzeugte Lebensmittel vor Ort – nachvollziehbar in Herkunft und Qualität – verarbeiten und die gute Arbeitsverhältnisse mit gerechten Löhnen schaffen. Die agrarindustriellen Verarbeitungsmonopole sind dazu ihrer Struktur nach nicht in der Lage. Auch der Lebensmittelhandel muss Teil der Lösung werden. Bei alledem muss der Staat konsequent die Steuerung übernehmen und Partner aus Erzeugung, Verarbeitung und Handel sowie Verbraucher*innen miteinnehmen.

DIALOG BRINGT LÖSUNGEN

Sind so viele unterschiedliche Akteure entlang der Wertschöpfungskette betroffen, bedarf es den Blick über den eigenen Tellerrand und der verbindlichen Verständigung. In Niedersachsen ist der Niedersächsische Weg hierfür ein wichtiger Ansatz, weil er zentrale Ziele eines Gesellschaftsvertrages unterstützt: Akteure aus Landwirtschaft, Naturschutz und Politik haben sich auf gemeinsame Lösungsan-

sätze für den Erhalt der Vielfalt von Lebensräumen in der Agrarlandschaft geeinigt. Dennoch stehen wir erst ganz am Anfang eines Gesellschaftsvertrages, auch 33 Jahre nach der Aachener Erklärung. Damit diese guten Ansätze zum Erfolg führen, müssen wir alle unseren Beitrag leisten. Für eine intakte Umwelt und eine Verständigung der Akteure untereinander wird sich der BUND auch weiterhin mit aller Kraft einsetzen.



BESONDERER DANK

Tilman Uhlenhaut hat den BUND Niedersachsen über Jahrzehnte hinweg als Agrarreferent und stellvertretender Geschäftsführer maßgeblich mitgestaltet und vorangebracht. Für seinen Ruhestand wünschen wir ihm alles Gute. Der BUND sagt DANKE!

ENDLAGERSUCHE

MEHR MIT- SPRACHE UND TRANSPARENZ



**SUSANNE
GERSTNER**

Landesgeschäftsführerin

Drei Jahre nach dem Start der Standortsuche wird das Suchverfahren für ein Endlager für hoch radioaktive Abfälle konkreter. Mit der Veröffentlichung des „Zwischenberichts Teilgebiete“ Ende September hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) deutschlandweit Regionen vorgestellt, die für eine Endlagerung von Atommüll in Frage kommen. Im Ergebnis gelten mehr als die Hälfte des Bundesgebietes, in Niedersachsen sogar 80 % der Landesfläche als potenziell geeignet. Der Standort Gorleben ist raus.

Der BUND begrüßt, dass die Auseinandersetzung um die Suche nach einem Atommülllager endlich auf Grundlage wissenschaftlicher Kriterien geführt werden soll. Mit der Veröffentlichung des Berichtes und der Auftaktveranstaltung für die in den kommenden Monaten folgenden Fachkonferenzen wurde nun erstmals auch die Öffentlichkeit beteiligt. Weder der BUND noch andere Verbände

wurden im Vorfeld einbezogen. Nun ist die betroffene Zivilgesellschaft mit der Herausforderung konfrontiert, den in drei Jahren erstellten, umfangreichen Zwischenbericht in wenigen Monaten zu überprüfen und zu kommentieren.

Neben des engen Zeitfensters sind weitere Hürden zu überwinden: Nur ein Bruchteil der relevanten Daten ist veröffentlicht. Strittige Daten landen laut neuem Geologiedatengesetz in einem Datenraum, in den nur das Nationale Begleitemgremium Einblick hat. Kritisch ist aus BUND-Sicht außerdem, dass die Ergebnisse der Beteiligung keine bindende Wirkung haben und die BGE zeitgleich am nächsten Schritt der Suche weiterarbeitet. Unter Umständen kommentiert die Konferenz also ein im Juni schon veraltetes Dokument. Auch in der digitalen Auftaktveranstaltung Mitte Oktober wurden die Erwartungen enttäuscht. Die dringend erforderliche kritische Einordnung durch Wissenschaftler*innen fehlte, viele Fragen und Einwände blieben unbeantwortet.

Nach diesen Erfahrungen wird deutlich: Bei der vom BUND und vielen anderen gesellschaftlichen Gruppen eingeforderten Transparenz und Beteiligung auf Augenhöhe muss dringend nachgebessert werden. Wissenschaftler*innen, Kommunen, Bürger*innen und Verbände müssen freieren Zugang zu allen Informationen erhalten. Die Betroffenen müssen in die Lage versetzt werden, die komplexen Themen zu durchdringen, auch durch externe Gutachten. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Auswahl der Teilgebiete auf unabhängigen wissenschaftlichen Erkenntnissen beruht und in einem glaubwürdigen Entscheidungsprozess der bestmögliche Ort für ein Atommülllager gesucht wird.

Die Verantwortung für die sichere Lagerung des Mülls haben Politik und Atomindustrie jahrzehntelang vor sich hergeschoben. Umso dringender ist, dass der Suchprozess gelingt und der Müll so schnell wie möglich aus unsicheren Zwischenlagern verschwindet.



ALLIANZ FÜR ARTENSCHUTZ NIMMT FORM AN

Auf dem Weg zu mehr Naturschutz sind die Partner des Niedersächsischen Weges entscheidende Schritte vorangekommen.

Naturschutz, Landwirtschaft und Politik einigten sich Ende Oktober auf eine Vielzahl von Gesetzesänderungen, über die der niedersächsische Landtag in Kürze entscheiden wird. Parallel wurden diverse Verordnungen und Förderprogramme in den wesentlichen Eckpunkten zwischen den Verhandlungspartnern geeint. Ausgangspunkt des Niedersächsischen Weges ist ein Forderungspapier von BUND und Nabu zum Arten- und Insektenschutz im Sommer 2019. Seither hat der BUND konsequent den Dialog mit Politik und Landwirtschaft geführt und hart verhandelt. Entstanden ist aus Sicht des Umweltverbandes ein umfangreiches Maßnahmenpaket, das den Naturschutz in Niedersachsen auf neue Füße stellt.

Als besonderen Erfolg sieht der BUND die Neuregelungen zu Schutzstreifen an Flüssen und Bächen, da sie sowohl für



Die Allianzpartner im Niedersächsischen Weg haben sich im Oktober auf die wichtigsten Eckpfeiler für mehr Natur- und Artenschutz geeinigt.

den Gewässerschutz als auch für den Biotopverbund eine zentrale Rolle spielen: Randstreifen helfen, dass weniger Pestizide von den Äckern in die Flüsse gelangen, und bieten vielen bedrohten Arten ein Refugium in der Agrarlandschaft. Für diese Schutzstreifen werden die Landwirte zukünftig erheblich mehr Fläche zur Verfügung stellen müssen, der Einsatz von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln wird verboten.

Bedeutend für den Arten- und Insektenschutz ist – neben einer Ausweitung des ökologischen Landbaus auf 15 % in 2030 und der Verringerung des Einsatzes chemischer Pflanzenschutzmittel – die Sicher-

ung von Lebensräumen mit besonders hoher Artenvielfalt: Streuobstwiesen und artenreiches Grünland werden zukünftig als Biotope gesetzlich geschützt, Eingriffe in Alleen, Baumreihen, Hecken und Feldgehölze müssen künftig kompensiert werden. Wer zum Schutz von Wiesenvögeln Mahdtermine an Brutzeiten anpasst und Gelege schützt, wird besser entschädigt. Zudem soll ein landesweiter Biotopverbund entstehen, der sich aus Kerngebieten und Verbindungsflächen zusammensetzt und künftig 15 % der Fläche Niedersachsens umfassen soll. Im östlichen Solling wird erstmals ein 1.000 Hektar großes Wildnisgebiet als Rückzugsort seltener und bedrohter Arten entwickelt.

SCHLUMMERENDE GEFAHR IM WATTENMEER

Selbst nach 70 Jahren sind sie noch brandgefährlich für Mensch und Natur: Große Mengen an Spreng- und Brandbomben, Minen oder Torpedos liegen als Hinterlassenschaften zweier Weltkriege noch auf und im Meeresboden.

Durch starke Strömungen und Grundschleppfischerei werden sie immer wieder

umgelagert oder freigelegt. Der Sprengstoff kann dabei explodieren, die Munition verrottet zunehmend und deren Abbaustoffe sind hochgiftig. Die niedersächsischen Umweltverbände haben unter Federführung des BUND die Landesregierung im November aufgefordert, umgehend ein konkretes Maßnahmenprogramm zur Beseitigung dieser gefährlichen Altlasten in der Nord-

see vorzulegen. Derzeit zögert die Politik eine Räumung immer weiter hinaus. Laut Verbänden müssen Bund und Länder zudem mehr Finanzmittel zur Entsorgung der Kriegsmunition zur Verfügung stellen. Diese gefährden das UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer ebenso wie Urlauber*innen, Fischer*innen oder Arbeiter*innen an Windparks und Kabeltrassen.

AKTUELLES

BUND-PROJEKT KLIMATOOLS

AUF GUTEM WEG



Eine im Wasser- und Nährstoffhaushalt geschädigte Hochmoorfläche, die optimal vernässt werden soll

Moorschutz ist Klimaschutz! Mit dem Projekt Klimatools verbindet sich erfolgreiche Hochmoorregeneration mit den Klimaszutzzielen des BUND.



**JEAN-MARC
KÜHN**

BUND Diepholzer
Moorniederung

Die Diepholzer Moorniederung ist ein Naturraum von bundesweiter Bedeutung für den Hochmoorschutz. Doch trotz dieser einmaligen Flächenkulisse zeigt sich eine für die Moore der Region typische Problemlage: Die naturnahen und renaturierten Hochmoorflächen stehen wegen der klimawandelbedingten Sommertrockenheit unter besonderem Druck.

Hinzu kommt, dass auf ehemaligen industriellen Abtorfungsflächen die Wiederherstellungsverpflichtung der Torfindustrie zumeist erloschen ist, bevor die Wiedervernässung erfolgreich abgeschlossen werden kann. Störzeiger wie Moorbirken und Pfeifengras zeigen deutlich, dass solche Hochmoorflächen für eine Regeneration nicht nass genug sind.

MOORE MIT ZUKUNFT

Schon seit 2016 werden im Projekt

„Klimatools – Klimaschutz und Biodiversität für Hochmoore in der Diepholzer Moorniederung“ auf 466 Hektar erfolgreich innovative Maßnahmen zur Optimierung der Hochmoorregeneration mit klassischen Methoden der Wiedervernässung kombiniert. Untersuchungen zu Hydrologie, Vegetation und Vogelarten zeigen uns, wie gut sich die Torfabbauflächen bereits regeneriert haben. Ziel des sechsjährigen Projektes ist es, in den Hochmooren einen Wasserhaushalt mit geringen jahreszeitlichen Schwankungen herzustellen. Denn dieser ist die Voraussetzung dafür, dass sich Torfmoose wieder ausbreiten und somit ein lebendes Hochmoor entstehen kann. Eine solche charakteristische Hochmoorlandschaft ist Lebensraum vieler gefährdeter Tier- und Pflanzenarten.

Intakte Moore sind zudem Speicher für klimaschädliche Emissionen. Anhand der

Entwicklung der Lebensräume kann berechnet werden, wie viele Emissionen pro Hektar und Jahr in Form von CO₂-Äquivalenten eingespart werden. Daraus ergibt sich ein konkreter Beitrag zum Klimaschutz.

Realisiert wird Klimatools von der BUND-Einrichtung Diepholzer Moorniederung, Projektpartner sind die Landkreise Diepholz und Nienburg. Das Projekt macht deutlich, dass es bei der Realisierung von Vernässungsmaßnahmen weiteren dringenden Handlungsbedarf zur Wasserstandsoptimierung gibt. Mit dem beantragten 14-monatigen Folgeprojekt „Klimatools plus“ sollen auf weiteren großen Flächen die Voraussetzungen für wachsende Hochmoore geschaffen werden.

Die Vorhaben des BUND zur Hochmoorrenaturierung sind eingebunden in ein Paket von bereits abgeschlossenen Projekten und werden flankiert von weiteren

laufenden oder geplanten Maßnahmen in der Gebietsbetreuung. Dieses Engagement leistet einen maßgeblichen Beitrag zum Programm „Niedersächsische Moorlandschaften“ und damit zur Umsetzung von Zielen des Natura 2000-Schutzgebietssystems und der niedersächsischen Strategie zur biologischen Vielfalt.



MEHR INFOS

www.klimatools.de

Klimatools wird im Rahmen der Richtlinie „Klimaschutz durch Moorentwicklung“ mit Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und des Landes Niedersachsen gefördert.



OHNE MOOS NIX LOS

Torfmoose sind in intakten Hochmooren allgegenwärtig. In entwässerten Moorflächen sind sie hingegen weitgehend verschwunden. Gründe hierfür sind unter anderem die Trockenheit in den Sommermonaten, der Hauptwachstumsphase der Torfmoose, sowie starke jahreszeitliche Schwankungen des Wasserhaushaltes.



Ist die Hydrologie der Moorflächen wiederhergestellt, können sich Torfmoose wie Sphagnum magellanicum wieder ausbreiten.

Dabei spielen Torfmoose eine entscheidende Rolle in der Hochmoorregeneration. Sie sind in der Lage ein Vielfaches ihres eigenen Gewichtes an Wasser in ihren Blättern und Stämmchen zu speichern und leisten damit einen wichtigen Beitrag zum Wasserrückhalt im Hochmoor. Durch den Austausch von Wasserstoff-Ionen erzeugen Torfmoose das hochmoortypische saure Milieu. Dies ist ein Konkurrenzvorteil und sorgt dafür, dass in Hochmooren nur spezialisierte Pflanzenarten vorkommen können. Die saure Umgebung verhindert den Abbau des abgestorbenen Pflanzenmaterials und es kann sich Torf bilden – das Hochmoor „wächst“.

BUND-GRUPPE WILHELMSHAVEN

EIN HERZ FÜRS MEER



Hunderte von Zigarettensmummeln, Eisbecherlöffeln und anderen bunten Plastikteilen hat Rainer Büscher in großen Glasbehältern aufgereiht. Viele Passanten bleiben vor dieser kuriosen Sammlung stehen. Für den BUND-Mann aus Wilhelmshaven die ideale Gelegenheit, um ins Gespräch zu kommen: über Plastikmüll im Meer, unser Ess- und Einkaufsverhalten und über kleine Schritte, die viel verändern.

In den vergangenen 35 Jahren hat die BUND-Gruppe Wilhelmshaven schon viele Schritte gemacht. Gegründet durch Peter Hopp, der über Jahrzehnte ihr Vorsitzender war, engagiert sich die Gruppe am Jadedeusen mit viel Herz für mehr Meeresschutz und eine nachhaltige Stadtentwicklung. Auch ihre heutige Vorsitzende Imke Zwoch ist fast von Anfang an dabei. An ihre erste Mitgliederversammlung erinnert sich die gebürtige Wilhelmshaverin gut: „Ich bin als Journalistin zur Versammlung gegangen und kam als zweite Vorsitzende wieder heraus.“ Seitdem hat der BUND sie nicht mehr losgelassen.

ERFOLGREICHER NEUSTART

Gemeinsam mit Rainer Büscher und Georg-Berner Waindok wagte sie vor drei Jahren einen Neustart. Die Mitgliedszahlen waren deutlich gesunken, der regelmäßige Austausch fehlte. Seitdem lädt der Vorstand monatlich zu Treffen in gemütlicher Atmosphäre – derzeit digital – ein, berichtet auf einer Facebook-Seite über lokale Umweltthemen und hat eine BUNDjugend-Gruppe gegründet. Mitmachaktionen ziehen immer mehr Interessierte an. „Mit unserem konsequenten Einsatz für die Natur haben wir uns auch bei der Politik einen Namen gemacht, wir werden ernst genommen“, so Zwoch. Als einen riesigen Erfolg wertet sie, dass die Stadt zukünftig bei Großveranstaltungen auf ein Höhenfeuerwerk verzichtet. Schließlich liegt Wilhelmshaven direkt am Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer.

Einen guten Draht hat der BUND Wilhelmshaven auch zu anderen Umweltverbänden: Mit den „Jadewalen“ finden regelmäßig Strandputzaktionen statt, mit dem Nabu pflegen Aktive Biotop. Auch beim hochaktuellen Thema Flüssigerdgas, kurz

LNG, hat der BUND in Windeseile ein großes Bündnis vor Ort aufgebaut, das LNG-Terminals in Deutschland aus Klimaschutzgründen verhindern will. Bei all diesen Aktionen kann sich der Vorstand auf seine Aktiven verlassen: „Wir sind ein ziemlich bunter Haufen, alle Altersstufen und Berufe sind bei uns vertreten – das läuft super!“, freut sich Rainer Büscher, der als BUND-Regionalkoordinator auch die Gruppen in Ammerland, Friesland und im Regionalverband Ostfriesland unterstützt. Dann verschwindet er im Getümmel, denn am BUND-Infostand hat sich wieder eine Traube von Menschen gebildet. Ihnen möchte er unbedingt noch plastikfreie Alternativen beim Einkaufen zeigen. tm

MITMACHEN

Möchten Sie den BUND in Wilhelmshaven unterstützen? Melden Sie sich gerne bei uns.

www.bund-wilhelmshaven.de

WILDBIENEN FLIEGEN AUF NIEDERSACHSEN



Gewonnen hat den BUND-Fotowettbewerb Peter Walter aus Bückeburg mit dieser Aufnahme einer Goldsaum-Kegelbiene (Coelioxys aurilimbata).

Fast 900 Wildbienenfotos von 185 Teilnehmer*innen erreichten den BUND beim Fotowettbewerb „Wildbienen fliegen auf Niedersachsen“ von Februar bis August. Eine überwältigende Resonanz!

Besonders beliebte Fotomodelle waren Hummeln. Neben häufig vorkommenden Arten sendeten die Fotograf*innen aber auch Bilder von seltenen und gefährdeten Wildbienen-Arten wie beispielsweise der

Vierbindigen Furchenbiene oder der Glockenblumen-Schmalbiene.

Ziel des Projektes ist es, Artenkenner*innen zu schulen, denn Fachwissen über Wildbienen wird immer seltener. Der BUND organisierte hierfür 16 Online- und Präsenzveranstaltungen in 2020 und vermittelte Wissenswertes über Lebensraum, Lebensweise und Schutz dieser Insekten. Eine neue Wanderausstellung informiert zudem über Wildbienen und gibt Anregungen für insektenfreundliche Gärten. Das Projekt wurde vom Landesmuseum Hannover und dem Netzwerk Wildbienenschutz unterstützt und von der Niedersächsischen Bingo-Umweltstiftung gefördert.

MITMACHEN

Sie haben Interesse, die neue BUND-Wanderausstellung über Wildbienen in Ihren Räumlichkeiten zu zeigen? Schreiben Sie uns!
wildbienen@nds.bund.net

KEIN GRAD WEITER!

Am 25. September 2020 war es wieder soweit: Gemeinsam mit FridaysForFuture sind BUND und BUNDjugend beim weltweit vierten globalen Klimastreik auf die Straße gegangen, um coronakonform für Klimagerechtigkeit zu protestieren.

Die Corona-Pandemie zeigt deutlich, dass die Politik in Krisenzeiten reagieren kann. Die Zeit läuft uns davon, deshalb fordert der BUND, dass die niedersächsische Landesregierung endlich ein wirksames Klimaschutzgesetz verabschiedet. Dieses liegt seit einem Jahr auf Eis.

Bundesweit haben 200.000 Menschen ein wichtiges Zeichen für eine klimagerechte Energie- und Verkehrswende gesetzt und

klar gemacht, dass es für sie „Kein Grad weiter!“ gehen darf. Allein in Hannover waren 5.000 Klimaschützer*innen dabei und haben große Teile des Cityrings lahmgelegt. Auch in anderen niedersächsischen

Städten wie Braunschweig, Göttingen, Nienburg, Oldenburg, Osnabrück, Wilhelmshaven oder Wolfenbüttel gab es Klimastreiks. Danke an alle, die diesen Tag möglich gemacht haben!



Der BUND unterstützte den Klimastreik in vielen niedersächsischen Städten.

ÖKOLOGISCHE STATION
LANDGRABEN-DUMME-NIEDERUNG

EXPERTEN FÜR NÄSSE



Die Quellbereiche in der Dumme-Niederung sind Lebensraum für Feuersalamander.



PETRA
BERNARDY

Ökologische Station
Landgraben-Dumme-Niederung

Die Landgraben-Dumme-Niederung war einst geprägt von Feuchtwäldern, Feuchtwiesen und Moorstandorten. Durch die Entwässerungsmaßnahmen vor rund 50 Jahren änderte sich das Bild tiefgreifend. Die Grünlandwirtschaft verlor an Bedeutung und viele Flächen werden heute als Ackerland bewirtschaftet. Reste der ursprünglichen sehr nassen und feuchten Lebensräume sind jedoch entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze auch auf der niedersächsischen Seite noch zu finden.

Um diese zu erhalten, hat im Juni 2016 die Ökologische Station Landgraben-Dumme-Niederung des BUND ihre Arbeit aufgenommen. Sie hat ihren Sitz in der alten Grundschule im Flecken Bergen an der Dumme im Landkreis Lüchow-Dannenberg. Von hier aus werden Maßnahmenpläne in enger Kooperation mit der Unteren Naturschutzbehörde und dem Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) für das Projektgebiet entwickelt und umgesetzt – und das auf

einer Fläche von 11.660 Hektar. Mit der Burg Lenzen an der Elbe in Brandenburg und dem „Grünen Band“ in Sachsen-Anhalt hat der BUND drei Stützpfeiler der Gebietsbetreuung in dieser Region.

Die Ökologische Station entwickelt und schützt die Geestbäche Dumme und Schnegaer Mühlenbach, ihre Zuflüsse und Quellbereiche, aber auch die Kleingewässer und künstlichen Entwässerungsgräben in der Lüchower Landgrabenniederung. Im Mittelpunkt stehen dabei die vom Wasser abhängigen Lebensräume und Arten. Wertvolle fachliche Unterstützung erhält das Stationsteam vom Projektbüro „KLuGe Dumme“ des NLWKN sowie von den BUND-Aktiven in Lüchow-Dannenberg. Denn schon das von der Kreisgruppe initiierte „Kräuterheu-Projekt“ in den Neunziger Jahren hat in der Dummeniederung die Grundlage für eine gute Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft, Wasserwirtschaft und Naturschutz gelegt. Die Ökologische Station konnte auf die erfolgreiche Arbeit der BUND-Kreisgruppe aufbauen, die sich seit der Mitte der Achtziger Jahre für Natur einsetzt.

FEUCHTGEBIETE GERETTET

Wertvolle naturnahe Feuchtgebiete konnte der BUND in großen Teilen durch Flächenankauf retten. Sie stehen in enger ökologischer Verbindung mit Flächen auf der sachsen-anhaltinischen Seite – eine wichtige Voraussetzung für ein gemeinsames Arbeiten in der Region. Die drei letzten trockenen Jahre haben die negativen Folgen der überdimensionierten Entwässerung einmal mehr sichtbar gemacht. Nicht für den Naturschutz, auch für die Landwirtschaft ist daher ein zukunftsorientiertes Wassermanagement von zentraler Bedeutung. Hier bringt der BUND seine Expertise ein.

HIER FINDEN SIE UNS

Ökologische Station
Landgraben-Dumme-Niederung

Dr.-Koch-Str. 23
29468 Bergen an der Dumme
Tel. (05845) 988 15 85

BUNDjugend

FÜR EINE ENKELTAUGLICHE LANDWIRTSCHAFT



BUNDjugend
YOUNG FRIENDS OF THE EARTH

Das dritte Jahr in Folge können wir auf unseren Feldern und an den Bäumen sehen, dass die Klimakrise beginnt, die Welt vor unserer Haustür zu verändern. Ernteausfälle durch Trockenheit setzen auch in diesem Jahr viele Landwirt*innen unter Druck. Zugleich sind sie nur ein erster Ausblick auf das, was auf uns zukommen wird, wenn wir nicht schnell handeln.

Die derzeitige Landwirtschaftspolitik trägt noch immer dazu bei, die Klimakrise weiter anzuhetzen: Intensive Landwirtschaft mit Großbetrieben, Monokulturen, hohem Pestizideinsatz und Massentierhaltung wird strukturell und finanziell begünstigt. Wer nachhaltiger handeln und zu Klimagerechtigkeit und Artenvielfalt beitragen möchte, hat es schwer.

Immer mehr Menschen wird klar, dass es so nicht weitergehen kann. Das zeigt sich auch an der Artenschutz-Allianz in Niedersachsen. Bei dieser haben sich Landesregierung, Landwirtschafts- und Umweltverbände endlich an einen Tisch gesetzt und Vereinbarungen verhandelt, die nun zu Gesetzesänderungen werden sollen (siehe Seite 5). Wir als BUNDjugend Niedersachsen begrüßen das sehr, denn nur gemeinsam können wir die öko-

logische Transformation unserer Landwirtschaft angehen und gute Lösungen für alle finden!

MITEINANDER SPRECHEN

Der Niedersächsische Weg ist nicht nur ein Weg, um unsere bedrohte Artenvielfalt zu schützen, er motiviert auch uns als Jugendverband zum Vernetzen: Anfang September haben sich daher die niedersächsischen Landesvorstände der Landjugend und der BUNDjugend das erste Mal (online) beschnuppert. Nach einem kurzen Kennenlernen folgte ein intensiver Austausch über Motivationen und Ziele sowie Strukturen in den verschiedenen Jugendgruppen. Obwohl in Bezug auf Arten- und Naturschutz auch inhaltliche Differenzen deutlich wurden, fanden wir neben der Unterstützung des Niedersächsischen Weges viele weitere gemeinsame Anliegen: die bessere Vernetzung von Stadt und Land, Ernährungssicherheit, Lebensmittelwertschätzung sowie Klimaschutz.

ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT IN DER PRAXIS

In diesem Sommer haben wir zudem coronakonform an mehreren Wochenenden in der ökologischen Gemeinschafts-

gärtnerei Acker Pella e.V. bei Hannover selbst ausprobiert, wie nachhaltiger, von Agrarkonzernen unabhängiger Lebensmittelanbau mit der Förderung der Artenvielfalt verbunden werden kann: Gemüse torffrei anbauen, Kulturpflege, eigenes Saatgut gewinnen, Nisthilfen für Insekten und eine Totholzpyramide bauen - das waren nur einige Aufgaben bei unseren vielfältigen Arbeitseinsätzen.

Eine enkeltaugliche Landwirtschaft ist möglich, doch sie muss auch politisch gewollt und gefördert werden. Dafür werden wir am 16. Januar 2021 wieder bei der „Wir haben es satt“-Demo gemeinsam mit Landwirt*innen, Klimaaktivist*innen, Verbraucher*innen und vielen anderen auf die Straße gehen! *Romina Ranke*

WIR HABEN
ES SATT! 2021
16. Januar 2021

www.wir-haben-es-satt.de

JAI!NUN FESTIVAL
23.-25. April in Springe

WEITERE TERMINE:

www.bundjugend-niedersachsen.de



MITMACHEN

UMWELTSCHUTZ MITGESTALTEN

Das Klima schützen, die Natur bewahren, seltene Arten und wertvolle Lebensräume erhalten, Flüsse und Meere retten und sich für mehr Stadtnatur, nachhaltige Mobilität oder eine ökologische Wirtschaft und Landwirtschaft engagieren – wenn Sie sich für diese Ziele in Niedersachsen einsetzen möchten, dann kommen Sie doch in unsere BUND-Arbeitskreise.

In den kommenden Monaten wird es um zentrale gesellschaftliche Herausforderungen gehen wie die Suche nach einem sicheren Endlager für Atommüll oder den Schutz der Insektenvielfalt durch eine Neuausrichtung der Landwirtschaft in Niedersachsen. Damit beschäftigen sich die 8 verschiedenen Arbeitskreise, die es im BUND Niedersachsen gibt: Atom,

Greening der Wirtschaftspolitik, Klimaschutz & Energie, Landwirtschaft, Naturschutz, Verkehr, Wald und Wasser. Arten- und Naturschützer*innen aus Haupt- und Ehrenamt, Wissenschaftler*innen, Studierende und Engagierte aller Altersklassen treffen sich hier im Dienst der Sache. Als Arbeitskreismitglied können Sie die niedersächsische Umweltpolitik mitgestalten, beraten den Landesvorstand und unterstützen unsere Projekte und Kampagnen mit Ihrem Engagement und Fachwissen. Neue Mitstreiter*innen sind herzlich willkommen!



MEHR INFOS

www.bund-niedersachsen.de/arbeitskreise



GRÜNER ADVENTSKALENDER

Entdecken Sie mit dem BUND Niedersachsen Tag für Tag einen Öko-Tipp für eine grüne Advents- und Weihnachtszeit. Ab dem 1. Dezember unter [instagram.com/bund.niedersachsen](https://www.instagram.com/bund.niedersachsen).



TERMINE

**Mi. 18.11.
18:00 Uhr**

**Informationsveranstaltung zum
LNG-Terminal**
Schiffertorstraße 15, Stade

**Mi. 16.12.
18:30 Uhr**

**Mitgliederversammlung BUND Region
Hannover - neuer Termin!**
Zukunftswerkstatt Ihmezentrum, Hannover
Anmeldung erforderlich unter:
bund.hannover@bund.net

IMPRESSUM

Herausgeber: BUND Landesverband Niedersachsen e. V., Goebenstraße 3a, 30161 Hannover, Tel: (0511) 965 69 -0, bund.nds@bund.net, www.bund-niedersachsen.de

Redaktion: Dr. Tonja Mannstedt (tm)
Tel. (0511) 965 69 31
redaktion@nds.bund.net

Layout: Corinna Pfarr Grafikdesign
Druck: Brühlsche Universitätsdruckerei
Papier: 100 % Recycling, matt gestrichen
Druckauflage: 18.500

Die nächste Ausgabe erscheint Mitte Februar 2021.

Der BUND Niedersachsen benötigt für seine Arbeit über die Mitgliedsbeiträge hinaus Ihre Unterstützung. Bitte überweisen Sie Ihre Spende auf das Konto der Bank für Sozialwirtschaft: IBAN: DE76 2512 0510 0008 4984 04 BIC: BFSWDE33HAN

Vielen Dank für Ihre Unterstützung! Spenden sind steuerlich absetzbar.



MEHR INFOS

Mehr Infos und weitere Termine:
www.bund-niedersachsen.de/termine